

**Wir machen Politik für Azubis – und für alle, die es werden wollen:
Azubi-Wohnheim in Bremen errichten, Neustart für die Ausbildungsgarantie erarbei-
ten**

5

Mit dem Begrüßungsgeld für Auszubildende hat die Bremer SPD die Initiative ergriffen, die sozialen Belange von Auszubildenden in den Mittelpunkt der Bremer Politik zu rücken. Das Begrüßungsgeld soll Auszubildende mit Studierenden gleichstellen und ihren Bildungsweg genauso wertschätzen. Gleichzeitig soll es als Signal dienen, dass Bremen Auszubildende aus dem Umland auch als WohnbürgerInnen willkommen heißt und sie daher beim Ankommen in Bremen finanziell unterstützt. Wir freuen uns, dass sich alle anderen Fraktionen der Bürgerschaft unserer Initiative angeschlossen haben, die jetzt zeitnah umgesetzt werden muss. Den Weg, Auszubildende und alle, die es werden Ziel, gezielter als bisher zu unterstützen, wollen wir fortsetzen.

15

Azubi-Wohnheim in Bremen errichten:

Nach wie vor stehen Auszubildende - egal ob aus Bremen oder von außerhalb – häufig vor dem Problem, dass sie keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Daher ist auch für die Auszubildenden die Intensivierung sozialer Wohnungsbaupolitik von großer Bedeutung. Nur dann wird auch ein Begrüßungsgeld seine Wirkung entfalten können. Zusätzlich wollen wir deshalb die Situation für Auszubildende gezielt verbessern und sprechen uns dafür aus, ein Auszubildenden-Wohnheim zu errichten. Wir bitten die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu prüfen bzw. vom Senat prüfen zu lassen,

25

- ob der Bau eines Azubi-Wohnheims nach „Hamburger Modell“ (Stiftung Azubi-Werk) in Bremen möglich ist,
- dabei im Bedarfsfall weitere Bremer Institutionen einzubeziehen, die zum Bau und Betrieb eines Azubi-Wohnheims beitragen können (Studentenwerk, Wohlfahrtsverbände etc.) oder diesen unterstützen können (bspw. Finanzierungsbeiträgen der Handelskammer oder soziale Hilfen und Beratung durch die Arbeitnehmerkammer),
- zu welchen Konditionen unter welchen Bedingungen ein städtisches Grundstück zur Verfügung gestellt werden kann,
- welche Grundstücke in Bremen hierfür infrage kommen und dabei neben der örtlichen Wohninfrastruktur gerade auch zu berücksichtigen, ob ein positiver Effekt des Wohnheims auf die Sozialstruktur des jeweiligen Stadtteils erfolgt.

40

Neustart für die Ausbildungsgarantie:

45 Mit dem Regierungsprogramm 2015-2019 haben wir Bremens Jugend eine Aus-
bildungsgarantie versprochen. Heute müssen wir ehrlich sagen, dass Bremen
dieses Versprechen nicht eingehalten hat. Erreichen wollten wir dies, indem ei-
nerseits die Partner der Bremer Vereinbarungen ihre Zusagen zur Zahl abzu-
schließender Ausbildungsverhältnisse einhalten, andererseits das Land Bremen
50 kompensatorisch zusätzliche Angebote macht, an deren Ende jeweils eine voll-
wertiger beruflicher Abschluss steht.

Tatsächlich ist das Ausbildungsangebot in Bremen heute noch niedriger als bei
Beginn der letzten Laufzeit der Bremer Vereinbarungen im Jahr 2011. Nur noch
eine Minderheit von Arbeitgebern (zuletzt nur noch 23 %) stellt sich der Aufga-
55 be, den notwendigen Fachkräftenachwuchs auszubilden. Der Trend ist deutlich,
gleichzeitig mit den aktuellen, jährlich weiter anwachsenden Beschäftigungsre-
korden sinken die Auszubildendenzahlen. Die Partner haben ihre zentralen Ver-
abredungen nicht eingehalten! Die zusätzlichen Programme des Landes wurden
zwar aufgelegt, haben aber nicht einmal diesen Verlust kompensiert.

60 Das Ziel der Ausbildungsgarantie ist und bleibt richtig. Sie langfristig auch als
echten Rechtsanspruch zu verwirklichen, begreifen wir als Pflicht gegenüber
Bremens Jugend, ihr gerechte Teilhabe und Zukunftsperspektiven zu ermögli-
chen. Sie ist die Chance, Bremen in der digitalisierten Wissensökonomie zur
65 Fachkräftehochburg Deutschlands zu machen und das langfristig wirksamste
Mittel zum Abbau der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit in unserer Stadt.
Wir sehen ausdrücklich keine Zeit mehr, dies weiter „auf die lange Bank“ zu
schieben, weil auch Bremens Jugend diese Zeit nicht hat. Wir stehen zu unserem
Versprechen und wir erkennen die Lage an: die Ausbildungsgarantie braucht
70 einen Neustart!

Vor diesem Hintergrund haben die ausbildungsinteressierten jungen Menschen
Bremens berechnete Erwartungen an die Partner der Berufsausbildung und an
die Politik, zu denen wir als stadtbremische SPD unseren Beitrag leisten wollen:

- 75 – Von den „Bremer Vereinbarungen“ erwarten wir, im Zuge ihrer Neuauf-
lage ihre Leistungsbilanz erheblich zu verbessern. Wir erwarten nicht nur
die Verabredung höherer Zielzahlen, sondern auch konkrete Maßnah-
men, wie diese erreicht werden.
- 80 – Wir bekennen uns zur Fortsetzung der zusätzlichen, vollqualifizierenden
Angebote des Landesprogramms als besonderen Beitrag der öffentlichen
Hand. Bremen kann als Haushaltsnotlageland die Lücke im Ausbildungs-
angebot aber nicht mit staatlichen Angeboten schließen, zumal dies Auf-
gabe der Unternehmen ist!

- 85 – Zusätzlich braucht es ein rechtlich verbindliches und damit belastbares Instrument, das die Partner der Bremer Vereinbarungen unterstützt und dafür sorgt, dass die betriebswirtschaftlichen Einzelentscheidungen der Unternehmen auch zur volkswirtschaftlich benötigten Zahl an Ausbildungsverhältnissen führen. Hierfür gibt es heute noch keine Kopiervorlage. Als Bremer SPD stehen wir aber im Wort, eine tatsächliche Garantie glaubwürdig zu gewährleisten. Wir werden deshalb in unserer weiteren programmatischen Arbeit ein solches Instrument entwickeln. Beispielgebend sind für uns Ausbildungsfonds wie in der Bau- und in der Pflegebranche.
- 90
- 95 – Als Grundlage dafür wird eine Statistik benötigt, die die tatsächliche Lage am Ausbildungsmarkt abbildet. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit ist dafür unzureichend. Sie muss grundlegend überarbeitet werden.
- 100 – Dabei wissen wir, dass gute Ausbildung nicht ausschließlich eine Frage des Angebots ist. Denn die Betriebe, die sich für Ausbildung engagieren, stehen oftmals selbst vor Problemen. Sie finden nicht die passenden Auszubildenden oder können die notwendige Unterstützungsarbeit beim Lernen oder bei anderen Problemen der Jugendlichen nicht leisten. Jugend- und Auszubildendenvertretungen wiederum klagen vielerorts über schlechte Ausbildungsbedingungen und -vergütungen, die nicht zum Leben reichen. Im Ergebnis kämpfen beide Seiten mit zu hohen Ausbildungsabbrüchen. Auch hierauf wollen wir Antworten formulieren und dabei auch die Möglichkeiten einer Aufwertung durch eine Mindestausbildungsvergütung auf Landesebene diskutieren. Wir sind überzeugt:
- 105
- 110 wenn die Politik sich endlich für Ordnung und Orientierung auf dem Ausbildungsmarkt engagiert, profitieren alle Seiten.